



Danziger Zeitung.

No 10 009.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Reiterbagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 450 A. durch die Post bezogen 5 A. — Inserte kosten für die Zeitseite oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Zusatzentnahmestellen für alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 24. October. Die „M. fr. Pr.“ will wissen, die Vertreter der Pforte im Auslande hätten den Regierungen, bei denen sie accredited sind, mitgetheilt, daß die Pforte auf ihrem alten Standpunkt verharre, und daß dieselbe die an sie gestellten Anforderungen für unannehmbar halte. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor.

Konstantinopel, 24. October. Die Pforte hat ihren Vertretern im Auslande über das, wie bereits gemeldet, entdeckte Complot gegen den Großvezier Midhat Pascha eine Mittheilung zugesellt, in der es heißt, daß die Ruhe in Konstantinopel bei der Entdeckung der Verschwörung und bei den Verhaftungen nicht gestört ist.

Ragusa, 24. October. Nifita erfuhrte den Vertretern der Mächte offiziell, er könne aus zwingenden Opportunitäts-Gründen keinen längern als einen sechswochentlichen Waffenstillstand annehmen.

Unser heutiges Steuersystem und seine Reform.

Das neueste Heft der „Preußischen Jahrbücher“ bringt in der „Politischen Correspondenz“ eine Betrachtung des Abg. Wehrenpfennig über unser heutiges Steuersystem und die Aufgaben, welchen sich der Landtag behufs einer Verbesserung desselben zu unterziehen haben wird. „Man hat“ — so wird ausgeführt — einen Communalsteuer-Gesetzentwurf veröffentlicht, der von dem französischen Grundgedanken ausgeht, daß die Gemeindesteuern nur durch Zuschläge zu den Staatssteuern aufgebracht werden sollen. Sehr wesentliche Einnahmeketten des städtischen Haushalts, z. B. die Mietsteuern, werden dadurch abgeschnitten oder doch von der widerruflichen Zustimmung der Behörden abhängig gemacht. Zur Ausfüllung der Lücke müßte z. B. in Berlin die städtische Einkommensteuer sofort verdoppelt werden; d. h. die Tausende, welche ihr Einkommen noch lange nicht zur Hälfte angeben, erhalten doppelte Gelegenheit, ihre Schultern zu Ungunsten der Anderen zu erleichtern. Die Grund- und Gebäudesteuer soll in gewissen nach unten und oben fixirten Grenzen neben der Klassen- und Einkommensteuer herangezogen werden. Der Besitzer von 10 oder 20 Mrg. Land trägt demnach z. B. zur Gemeindeschulhaft doppelt bei, als Klassensteuerpflichtiger und als Grundbesitzer. Sein Nachbar, der gleiches Einkommen und gleiches Interesse an der Schule, aber kein Land hat, bezahlt nur einfach. Es wird nicht geschieden zwischen solchen Gemeindeausgaben, von denen der Grund- und Hausbesitzer besonderen Vortheil hat, und solchen, welche allen Gemeindemitgliedern gleichmäßig zu Gute kommen. Auch im letzteren Fall wird die Grund- und Gebäudesteuer mit herangezogen, im ersten wird noch eine besonders hohe Heranziehung vorbehalten.

„Das ist ein System, welches nur berechtigt

sein würde, wenn die Grundlage, auf der man es errichten will, selbst fest stünde und nicht der Ausbesserung bedürfte. Aber unser Staatssteuersystem hat große Lücken und Fehler und wer darauf, wie es hier geschieht, die Communalsteuern aufzubauen will, der bewirkt nur, daß es um so nothwendiger wird, die Schwächen des Fundaments zu untersuchen. Die Grund- und Gebäudesteuer neben der Einkommensteuer läßt sich rechtfertigen dadurch, daß das fundierte Einkommen stärker besteuert werden muß, als das unfundierte. Die reale Basis, die, im gewissen Sinne unabhängig von der persönlichen Thätigkeit des Eigentümers, Ertrag sichert, wird besonders in Anspruch genommen und mit Recht. Aber dieser Anspruch erstreckt sich auf alle Arten des fundierten Einkommens, auf Wertpapiere nicht minder als auf Grundbesitz und Häuser. In jeder Bewegung größerer Bevölkerungsklassen, mag sie noch so einseitig zugespielt oder politisch missbraucht werden, steht doch ein Kern, eine Wahrheit, die ernste Betrachtung verdient. So verhält es sich auch mit der agrarischen Bewegung. Unsere Steuergesetzgebung belässt den Grundbesitz, aber sie hat bisher noch die Mittel nicht gefunden, um das Vermögen, welches nicht in Haus oder Land, sondern in zinstragenden Papieren angelegt ist, in irgend entsprechender Weise zu treffen. Unsere Klassen- und Einkommensteuergesetzgebung ist der Art, daß sie keines überhaupt keinen Unterschied zwischen Einkommen aus dauernden Vermögensquellen und Einkommen aus persönlicher Arbeit macht, theils dem Besitzer mobiler Vermögensobjekte die Vergbung derselben unendlich erleichtert.

Beides sind Unvollkommenheiten und Unrechtmäßigkeiten unserer Besteuerung, welche in dem Maße, in welchem sie heute bestehen, weder durch rationelle Gründe, noch durch die unvermeidliche Irrationalität aller menschlichen Einrichtung entschuldigt werden. Der gesunde Menschenverstand wird es nicht halten, daß ein Grundbesitzer mit 2000 Thlr. Einkommen außer seiner Grundsteuer noch 60 Thlr. Einkommensteuer, ein Rentier mit 2000 Thlr. gesicherter Zinsen nur diese 60 Thlr. Einkommensteuer — vorausgesetzt, daß er sein Vermögen überhaupt declarirt — und ein Beamter mit 2000 Thlr. offen liegenden, nach seinem Hinscheiden schwindenden Gehalts, ebenfalls 60 Thlr. zu bezahlen soll. Wir können uns der Aufgabe nicht mehr entziehen, unser Einkommensteuersystem zu reformiren, und durch Einführung anderer Grundsätze der Einschätzung, durch Unterscheidung der Quellen des Einkommens, durch eine strengere Controle in Betreff der Vermögensangabe diese in ihrer heutigen Gestalt unvollkommenste aller Steuern der Gerechtigkeit etwas näher zu bringen.

„Wo in irgend einer großen Bevölkerungsklasse die Ansicht sich feststellt, daß sie überbürdet sei, daß sie einseitig die Kosten des Staates tragen müsse, da zielt es am meisten der liberalen

Partei, diese Klage auf das sorgsamste zu untersuchen. Denn ihr ganzes Wesen und der Grund ihrer Existenz besteht nur darin, gleiches Recht für Alle zu erstreiten. Wo sich nachweisen läßt, daß wirklich das mobile Vermögen vor dem immobilen bevorzugt wird, da muß dieser Vorzug schledternd beseitigt werden. Es genügt nicht, den Agrariern zu entgegen, daß auf den Kopf der städtischen Bevölkerung erheblich mehr an directen Steuern fällt, als auf den Kopf des platten Landes. Denn sie können immer noch bestreiten, daß dieses Mehr im richtigen Verhältniß zu dem noch größeren Mehr an Wohlhabenheit der städtischen Bevölkerung stehe.

Aber auch in den Städten tritt die Frage auf, ob der Staat das rechte Verhältniß in der Belastung des immobilen und des mobilen Besitzes gefunden haben. Im Angesicht der rapid steigenden Bedürfnisse der städtischen Communen ist der Zweifel gerechtfertigt, ob es auf die Dauer exträglich sei, daß der Staat 4% der Gebäudesteuer für seine Bedürfnisse vorweg nimmt, und daß er diese Steuer nicht einmal, wie die Grundsteuer gesetzlich fixirt, sondern sich in bestimmten Perioden ihre Erhöhung nach den inzwischen gealterten durchschnittlichen Mieten ausbedungen hat. Nach diesen gesetzlichen Vorschriften wird die Gebäudesteuer im Jahre 1880 wahrscheinlich von 16 Millionen auf 32 Millionen steigen, wird sie nach Durchschnittserträgen der Jahre 1871 bis 1874 steigen, die dann vielleicht durch die Mieten längst nicht erreicht werden. Der Staat wird reicher, die Commune wird ärmer werden. Das geht nicht an. Die Aufmerksamkeit der Volksvertretung wird sich in den nächsten Jahren auf diese Punkte hauptsächlich zu richten haben. Die Befreiung unserer Gesamtsteuerquellen zwischen dem Reich und Preußen erschwert ja leider jede Reform. Wir haben indirekte, durchaus nicht zu den Lebensbedürfnissen gehörige Verbrauchsartikel, deren höhere Besteuerung die große Mehrzahl unseres Volkes mit Freuden begrüßen würde, wenn dafür ein Theil unserer Grund- und Gebäudesteuer an die Commune abgetreten und unsere Gewerbesteuer erleichtert werden könnte. Aber der Mangel an Zusammenhang zwischen den Steuern des Reichs und der Einzelstaaten steht solchen Reformen im Wege. Man hat keine rechtlich feststehende Sicherheit, daß eine Bewilligung am Reich bestimmte Erleichterungen in Preußen zur Folge haben werde. Gleichwohl müssen wir die nächste Legislaturperiode zur Anbahnung einer weit durchgreifenderen Steuerreform benutzen, als wir sie 1873 erzielten. Dieses heutige System, welches die täglich an Bedeutung steigenden mobilen Werthe unberücksichtigt läßt, die Kräfte des immobilen Besitzes für den Staat vorweg verzehrt, und unbekümmert darum die Kosten der Commune Jahr für Jahr wachsen läßt, kann nicht noch einmal eine Legislaturperiode hindurch ohne ernsthafte kritische Prüfung der Volksvertretung aufrechterhalten werden.“

Deutschland. △ Berlin, 23. Oct. Der mehrfach erwähnte besondere Gesetzentwurf, welcher die Stellung der Rechtsanwälte regelt, ist im Entwurf bereits abgeschlossen und möchte schon in nächster Zeit die weiteren erforderlichen Stativen durchlaufen. Wir hören, daß der Entwurf die wichtigsten principiellen Bestimmungen, über welche sich die Justiz-Commission des Reichstages vereinigt hatte, zu seinen Ausgangspunkten gewählt hat. — Die seit einigen Wochen hier thätige Commission zur Aufstellung eines bürgerlichen Gesetzbuches, in welcher der Präsident des Reichs-Ober-Handelsgerichts Dr. Pape den Voritz führt, wird in wenigen Tagen ihre augenblicklichen Arbeiten beenden. Als Resultat derselben wird die Verständigung über eine lange Reihe der wichtigsten principiellen Punkte bezeichnet. Bekanntlich giebt man sich der Erwartung hin, die enormen umfangreichen Sammlungen für das Civilgesetzbuch bis zum Jahre 1882 zum Abschluß zu bringen. Es sind indessen im Großen und Ganzen so unendlich viel technische Schwierigkeiten zu lösen, daß dieser Termin wohl nicht erreicht werden möchte. — Von den bisherigen Landtags-Abgeordneten für Berlin dürfte vielleicht der Stadtämmerer Runge, welcher seit 15 Jahren den 20. Wahlbezirk im Abgeordnetenhaus vertreten hat, den vielfachen an ihn gerichteten dringenden Aufforderungen trotz seiner ablehnenden Erklärung, nachgebend zur Wiederaufnahme eines Mandates sich verstehen. In diesem Sinne hat er ein Schreiben an die Wähler gerichtet.

N. Berlin, 23. October. Unfere neuliche Notiz von dem Gange der Verhandlungen über das Unterrichtsgesetz war zwar insofern richtig, als zunächst die Berathungen über die höheren Lehranstalten gepflogen werden, unrichtig aber insofern, als die oberste Stufe derselben, die Universitäten, noch nicht zur Erörterung gekommen ist. Die bisherigen dreimonatlichen Verhandlungen haben, so weit unsere Informationen reichen, nur das Ergebnis gehabt, daß die Abschnitte von den Gymnasien, Realchulen, Progymnasien u. dgl. in erster Lesung durchgenommen sind und sich gegenwärtig in der zweiten Lesung befinden. Erwagt man also, daß außer den Universitäten auch das Volksschulwesen in diesen Verhandlungen noch gar nicht in Frage gekommen ist, und ferner, wie viele Städten der Gesetzentwurf, nachdem er im Cultusministerium zu Stande gekommen ist, noch zu durchlaufen hat, so ist allerdings die Aussicht, daß er bereits während der ersten Session der neuen Legislaturperiode zur Vorlage gelangen könnte, sehr gering. Gleichwohl verwendet das Cultusministerium wöchentlich vier viertelstündige Sitzungen auf die Berathungen. Man kann also nicht den Vorwurf erheben, daß die Arbeit nicht mit der wünschenswerthen Anspannung der Kräfte gefördert werde; vielmehr wird man berücksichtigen müssen, daß die Aufgabe eine außerordentlich große

3. Vocalbahnen.

Die neue Provinzialordnung, die den Bürgern die volle Theilnahme an der Verwaltung gewährt, hat besonders auf dem Gebiete des Verkehrs eine lebhafte Action, ein regeres Interesse und zahlreiche Vorschläge hervorgerufen. Eisenbahnen und Canäle, Chausseen und Landwege wünscht und braucht man überall; Aufgabe ist es nun, die vorhandenen oder erreichbaren Mittel möglichst rationell, für den Verkehr nützlich, für den Landeswohlstand fruchtbringend zu verwenden. Chausseen und Eisenbahnen waren bis vor kurzem feststehende Begriffe. Es gab nur eine Sorte von Chausseen, nur eine einzige Art von Bahnen, die beide sich, um ihre damaligen Aufgaben zu erfüllen, nach feststehenden Normen und strengen Geboten richten mußten. Bestimmt wurden diese durch die Aufgaben, welche beide zu leisten hatten. Die Chaussee, viel älter als die Eisenbahn, war bestimmt die Vermittlerin des großen Güterverkehrs zu bilden. Für schwere Lastwagen, enorme Frachten, die weite Wege zurückzulegen hatten, mußte sie eine breite, fest fundamentirte mit Bänkettten, Böschungen, Gräben, Stein- und Sommerwegen vorschriftsmäßig ausgestattete Bahn bieten. Der mächtige Wegkörper mußte nicht allein stark und zuverlässig, er mußte auch dauerhaft sein, um Verkehrsstörungen möglichst zu vermeiden.

Die Eisenbahnen traten dann an die Stelle der Chausseen, sie bildeten die großen Wegkörper, auf denen der durchgehende Güter- und Personenverkehr sich bewegte. Dem entsprechend wurden auch sie angelegt und ausgestaltet. Um die beiden Hauptforderungen, größte Schnelligkeit und möglichst Sicherheit, zu erreichen, mußte kostspielig, stark, vorsichtig gebaut und der Betrieb durch eine Menge von Einrichtungen und Personal gesichert werden, so daß diese großen, für Courierzüge wie für den gewaltigen internationalen Güterverkehr berechneten Bahnen sehr kostspielig wurden und aufhörten, gewinnbringende Unternehmungen zu sein, als abkürzende Concurrentlinien sich fanden, oder wenn die Geschäftsbewegung einmal nachließ.

Es leuchtet nun wohl jedem ein, daß der Normalzustand beider Verkehrswege nur durch deren bestimmte Aufgaben und Leistungen bedingt wird. Eine Chaussee von Berlin nach Petersburg oder Wien, wenn solche Anlage heute überhaupt noch denkbar wäre, müßte immer in denselben Steigungsverhältnissen, in derselben Breite, Tüchtigkeit und Kostspieligkeit gebaut werden, um den mehrt werden sollte. In vieler Hinsicht mit Chausseen begnügen, sondern muß danach

beanspruchen derartige Lokalbahnen sogar den Vortritt vor den lokalen Chausseen. Denn je mehr und vollständiger sich solch ein Schienennetz über eine Landschaft ausbreitet, desto kürzer werden dann die Wegstrecken sein können, die sich seitlich an diese Bahnen anzusehen haben. Das Beste ist auch hier wieder der Feind des Guten. „Eisenbahnen“, sagt Pleßner in einer dieser Gegenstand behandelnden Broschüre, möchte alle Welt haben, ohne viel zu zahlen. Sobald man aber eine für die örtlichen Verhältnisse völlig ausreichende Lokalbahn vorstülug, begegnete man einem vornehmen Achselzucken. Die Leute wollten mit dem Kleineren nicht vorlieb nehmen, entweder wurde dann das Ende als „Welibahn“ theuer und großhart gebaut und brachte keinen Groschen Zinsen, in den allermeisten Fällen wurde aber aus der Sache nichts und der glückliche Winkel kann nun noch lange warten, bis er bei der jetzigen Depression auch die verschmähte Lokalbahn erhält.“

Andere Länder sind einsichtiger und schneller bei der Hand gemesen als wir. Außer der Bröhlthal-, einer kleinen Bergwerksbahn, ist in Nord- und Mittel-Deutschland noch nicht eine einzige Meile Lokalbahn gebaut worden. In West-Holstein beginnt man eben mit einer 8—9 Meilen langen Strecke, in Thüringen mit einigen Seitenzweigen. Österreich dagegen hatte bereits Ende 1874 etwa 240 Kilometer vollspurige Lokalbahnen, Ungarn das Komorn-Netz und einige andere, 220 Kilom. Baiern in 6—8 Linien, 130—140 Kilom. Schmalspurige Bahnen, die sich weniger empfehlen, baut die Schweiz bereits ca. 200, Nordamerika hat über 4000 in Betrieb, 146 888 Kilometer projectirt. Die Erfahrung hat längst für die Zweckmäßigkeit solcher billigen Eisenbahnen entschieden, und wenn wir wieder wegen bürokratischer oder anderer Bedenklösungen langsam nachhinken, so ist das wirtschaftlich sehr zu bedauern. Traurig wäre es, wenn durch den Streit darüber: Wer soll bauen? die Sache noch weiter verzögert werden sollte. Wir begrüßen daher die Thatache mit großer Freude, daß auf dem preußischen Provinzial-Landtage in Königsberg die Frage wegen Erbauung von Lokalbahnen bereits lebhaft angeregt worden ist. Das im Ausschuss erstattete Referat des Herrn Bürgermeister Thomale-Ebling führt aus, daß die Blut des Verkehrs ungleich schneller, gleichmäßiger und kräftiger als auf den Chausseen, selbst wenn ihre Zahl erheblich vermehrt werden sollte. In vieler Hinsicht mit Chausseen begnügen, sondern muß danach

streben, die großen, den Landesteil durchziehenden Schienenstränge durch Verticalbahnen zu verbinden und sich entschließen, diese kurzen Nebelinien als Lokalbahnen auszubauen, wozu in erster Linie die Provinzial-Eingesessenen die Mittel aufzubringen müßten. Diese würden in Form von Provinzialabgaben keinen Einzelnen sonderlich drücken, während jeder ohne Ausnahme an den Vortheilen der Verkehrsvermehrung teilnimmt. Das Referat schließt mit dem Antrage, daß der Bau von Lokalbahnen mit voller Spur der Staatsbahnen, aber mit langsamerem und billigerem Betriebe in der Provinz baldmöglichst und energisch in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck der Herr Landesdirector zu beauftragen sei, einen Plan vorzulegen, in welchem Vorschläge über die zu erbauenden Linien in ihrer Reihenfolge und über die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel gemacht werden.“ Später ist dieser Antrag im Interesse der Sache dahin modifiziert worden, daß der Landtag die Lokalbahnen für ein Bedürfnis anerkenne und den Bau unterstützen will, wenn der Staat sich auf Ersuchen mit Subventionen betheiligt. — Der Antrag hat vorläufig noch vertagt werden müssen.

Das ist insofern gewiß zweckmäßig, als das Wesen, die Einrichtung und die Vorzüge solcher Lokalbahnen heute noch den betreffenden Kreisen ziemlich unbekannt sind, und man in einer so wichtigen Angelegenheit nicht gern entscheidet, ohne sich vorher unterrichtet zu haben. Schon Max v. Weber trat vor mehreren Jahren energisch für den Bau solcher Nebenbahnen ein. Es ist damals von seinen Ausführungen auch Act genommen worden. Jetzt macht uns Herz. Pleßner mit diesen Schienewegen näher bekannt. Beide, sowie alle Eisenbahntechniker und Volkswirthe geben den normal-spurigen Bahnen mit langsamem Betriebe entschieden den Vorzug vor den Schmalbahnen. Beide besitzen die gemeinsamen Vorzüge der billigeren Errichtung und des billigeren Betriebes. Sie fürchten sich nicht vor erheblicheren Steigungen, brauchen daher weder Dämme noch Durchstiche; der langsame Betrieb nimmt mit weniger zuverlässigen Unterbau, mit leichteren Brücken und einfacheren Einrichtungen vorlieb, weil die rasende Hast der Courierzüge und die Wucht endloser Courierzüge den Bahnkörper nicht erschüttern und lockern. Wegeübergänge sind nur an besonders frequenten Stellen zu bewachen, die einfachen Feldwege bedürfen keiner Sperrung. Ebenso wird der

und schwierige vielleicht die größte und schwierigste ist, welche in neuerer Zeit der Gesetzgebung überhaupt gestellt wurde.

* Einer der im gegenwärtigen Wahlkampf wider die bisherige Volksvertretung am meisten ausgeübten Angriffe ist der Vorwurf, daß dieselben materiellen Interessen nicht genügend Rechnung getragen habe. Dieser Vorwurf ist bereits, namentlich in der Schrift "die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre" durch eine Fülle thattsächlicher Angaben entkräftet worden. Heute sind wir in der Lage, dies Material noch zu vermehren, indem wir an der Hand einer durchaus zuverlässigen Zusammenstellung eine summarische Uebersicht Dessen geben, was in den Jahren 1869 bis 1875 für die Unterhaltung der Land- und Wasserstraßen und der Chausseen, sowie für Land- und Wasser-Neubauten und Chaussee-Neu- und Umbauten gethan ist. Zur Unterhaltung unchausserter Wege, der Wasserwerke, Brücken, Fähren sowie der Dienstgebäude wurden aufgewendet: 1869: 5 822 040 Mf., 1870: 6 294 375 Mf., 1871: 6 528 360 Mf., 1872: 6 977 340 Mf., 1873: 6 982 911 Mf., 1874: 8 070 425 Mf., 1875: 8 850 737 Mf. Zur Unterhaltung der Staatschausseen wurden bewilligt: 1869: 9 376 890 Mf., 1870: 9 729 720 Mf., 1871: 9 768 624 Mf., 1872: 10 871 445 Mf., 1873: 10 796 610 Mf., 1874: 11 884 725 Mf., 1875: 12 377 400 Mf. Für Land- und Wasser-Neubauten wurden aufgewendet: a. zum Bau von Schiffahrtskanälen, Schleusen, Häfen u. s. w.: 1869: 1 208 400 Mf., 1870: 1 676 100 Mf., 1871: 750 000 Mf., 1872: 1 163 100 Mf., 1873: 2 656 800 Mf., 1874: 12 Mill. Mf., 1875: 4 364 595 Mf.; b. zur Regulirung schiffbarer Flüsse und zu Leinpfadsbauten: 1869: 3 559 500 Mf., 1870: 2 997 900 Mf., 1871: 3 657 975 Mf., 1872: 4 165 500 Mf., 1873: 4 827 804 Mf., 1874: 6 645 870 Mf., 1875: 9 291 452 Mf.; c. für Seehäfen und Seeschiffahrtsverbindungen: 1869: 1 276 500 Mf., 1870: 1 192 350 Mf., 1871: 940 500 Mf., 1872: 2 938 800 Mf., 1873: 4 270 605 Mf., 1874: 7 754 130 Mf., 1875: 6 138 823 Mf.; d. zu Straßen, Brücken- u. s. w. Bauten: 1869: 805 500 Mf., 1870: 428 550 Mf., 1871: 951 525 Mf., 1872: 2 202 600 Mf., 1873: 1 714 791 Mf., 1874: 3 960 042 Mf., 1875: 3 095 781 Mf. Demnach sind in diesen sechs Jahren für Land- und Wasserneubauten im Ganzen 96 635 493 Mf. zur Verwendung gelangt, davon im Jahre 1874 allein nicht weniger als 30 360 042 Mf. Zu Chausseeneubauten endlich wurden verwendet: 1869: 4 500 000 Mf., 1870: 4 200 000 Mf., 1871: 4 350 000 Mf., 1872: 4 800 000 Mf., 1873: 7 800 000 Mf., 1874: 9 Mill. Mf., 1875: 9 Mill. Mf.

* Man schreibt der "Wes. Ztg.": Die Nachricht eines mecklenburgischen Blattes, der Director der Justizabtheilung des Reichsanwaltsamtes, Herr v. Amsberg, habe seine Entlassung nachgefragt, bestätigt sich. Dieser Schritt war nicht unerwartet, nachdem es feststand, daß die Stelle des Staatssekretärs der Justiz an der Spitze des selbstständigen Reichsjustizamtes, mit dessen Bildung der Ausschuß des Bundesrates sich bereits einverstanden erklärte, hat, dem Unterstaatssekretär im preußischen Justizministerium Hrn. Friedberg und nicht Hrn. v. Amsberg zufallen werde. Den Übergang aus einer selbstständigen in eine dem Staatssekretär untergeordnete Stellung lehnt Hrn. v. Amsberg ab.

* Die "Kreuzzeitung" bringt einen Wahlartikel unter der Überschrift: "Mit Gott für König und Vaterland". Die Tendenz dieses Artikels geht dahin, Vaterlandsliebe und Königstreue für die Anhänger der "Kreuzztg." allein in Anspruch zu nehmen, den Liberalismus aber als die Wurzel alles Uebels darzustellen. Die Wahlen vom nächsten Freitag werden das feudale Blatt belehren, daß dieser Kunstgriff, der vor Zeiten seine Wirkung hat, längst antiquirt ist. Interessant ist aber, daß in dem Sündenregister, welches in dem Artikel der heutigen Zeit vorgehalten wird, in erster Linie der Culturkampf figuriert.

Betrieb erleichtert, vereinfacht und dadurch wesentlich verbilligt. Die Schmalbahn aber kann mit ihrem Betriebsmaterial wegen der geringeren Spurweite nicht auf die großen Bahnen übergehen, während die normalspurige Bahn mit langsamem Betriebe ihre Wagen vom Verladungsorte ab bis ans Endziel über alle Weltbahnen senden kann. Dieser Vorzug allein muß jeden Einsichtigen für letzteres System entscheiden.

Die vollspurige Secundärbahn stellt sich die Aufgabe, unter aufs Neuerste vereinfachten Constructions- und Verwaltungsformen und angepaßten den jeweiligen lokalen Bedürfnissen den Verkehr mit allen denjenigen Orten zu vermitteln, bis zu welchen die großen Weltbahnen nicht hinkönnen, oder, weil sie dort nicht genug Nahrung finden, nicht wollen. Als Bedingungen werden verlangt: Solche Lokalbahnen dürfen nichts oder nur selten etwas für das Terrain bezahlen; Landstriche, die noch nicht einmal dieses frei zu beschaffen vermögen, sind noch nicht reif und verdienen noch keine Eisenbahn. Die Ansprüche der Aussichtsbehörde bez. der baulichen Leistungen müssen möglichst geringe sein. Ebenso ist Befreiung von Pflichtlizenzen für unentgeltliche Herstellung von Lokalitäten für Post, Zoll, Telegraphie, von Börschriften der Wagenklassen &c. endlich die Freiheit in der Tarifbewegung, der Fahrplanordnung und der gesamten Verwaltung dieser Nebenlinien eine Lebensfrage für dieselbe. Als Erleichterungen in der Herstellung führt die Schrift folgende an: Die Steigungen sollen zunächst im Maximum 3 p.C. (1:33) nicht übersteigen, doch sollen diese Maximalsteigungen höchstens auf 2000 Meter im Zusammenhang vorkommen und dann von einer Horizontale oder einer geringeren Steigung von 1:200 von mindestens 300 Met. Länge unterbrochen werden. Die Curvenhalbmesser sollen nicht unter 200 Met. betragen und zwischen zwei Curven, welche im entgegengesetzten Sinn liegen, wenigstens 50 Meter gradlinig sein. Die Ueberhöhung der Schienen braucht in Anbetracht der langfamen Fahrt und der mindersteifen Betriebsmittel nirgends mehr als 6—8 Centimeter zu betragen. Bei Anwendung von Langschwellen genügt es, wenn diese nur alle 6—7 Met. eine Querschwelle hinzugefügt wird. Anstatt der kleinen steinernen Durchlässe sind allermeist solche von Eisen oder gebrannte Thonröhren von 20—40 Centim. Durchmesser anzuwenden. Größere Brücken von Holz, namentlich hölzerne Gitterbrücken, sind bei

Wenn der Artikel überhaupt Sinn haben soll, so kann dies nur bedeuten, daß die Pflicht gegen König und Vaterland die Befreiung des Culturkampfes gebietet. Und dennoch tragen nicht allein die in diesem Kampfe erlassenen Gesetze die Unterschrift des Königs, sondern unser Kaiser hat auch in jenem unvergeßlichen Briefe an den Papst vom September 1873 klarer und entschiedener, als es irgend sonst geschrieben, die Notwendigkeit dieses Kampfes, der ja auf Seiten des Staates ein nothgedrungenen Vertheidigungskampf ist, dargelegt. Man sieht, die Königstreue der "Kreuzztg." ist ganz eigener Art. Ihr Artikel hat wohl auch jetzt hauptsächlich den Zweck, einige ultramontane Wahlmänner zum Freitag für die Candidaten der "Kreuzztg." einzufangen.

* Die Wochen-Ausweise der deutschen Zettelbanken vom 14. October ergeben folgende summarische Daten: Der gesamte Kassenbestand in Höhe von 683 731 000 Mf. hat der Vorwoche gegenüber um 8 132 000 Mf. abgenommen; der Wechselbestand zeigt im Betrage von 731 529 000 Mf. eine Zunahme von 2 904 000 Mf., während die Lombardforderungen mit 95 623 000 Mf. um 3 427 000 Mf. und der Notenumlauf mit 955 775 000 Mf. um 4 876 000 Mf. vermindert haben, ferner die täglich fälligen Verbindlichkeiten in Höhe von 180 609 000 Mf. um 3 540 000 Mf. zurückgegangen sind, die an eine Rübungsfrei gebundenen Verbindlichkeiten dagegen bei einem Gesamtbetrag von 136 578 000 Mf. einen Zuwachs von 132 000 Mf. aufweisen.

Steettin, 23. Oct. In der heute abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Westend-Stettiner Bau-Gesellschaft auf Actien waren 11 Actionäre mit 220 Stimmen 1861 Actien repräsentirend, erschienen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Gesellschaft zu liquidieren und den Pommerschen Industrie-Verein mit der Liquidation zu betrauen.

München. Dem "N. C." schreibt man: Die diesmaligen Prüfungen der vor einem Jahre in das Heer eingetretenen Einjährig-Freiwilligen behufs Erlangung des Qualifications-Attestes zum Reserve-Offizier haben durchschnittlich ein sehr ungünstiges Resultat ergeben, so daß eine große Anzahl der Geprüften als Unteroffiziere, mehrere sogar als Gemeine in die Reserve übertragen müssen.

Schweiz.

Bern, 20. Oct. Der Bundesrath trat heute zu einer kurzen Sitzung zusammen, in welcher er den bereits telegraphisch gemeldeten Beschluß faßte, die Tessiner Regierung einzuladen, die von ihr bereits auf den 5. November nächsthin anbraumte Neuwahl des Grossen Rathes zu verschlieben, bis die Beschwerden, welche gegen diese Anordnung erhoben worden sind, erledigt sein würden. Zum besseren Verständniß der Tessiner Vorgänge möge noch Folgendes mitgetheilt sein. Seit dem Siege der Ultramontanen bei den Grofsatzwahlen im Februar 1875 befindet sich der Canton Tessin im Zustande fortwährender Aufregung. Der blutige Zusammensatz der Liberalen und Ultramontanen auf dem Bahnhofe zu Lugano im September v. J. wird Ihnen Lefern noch in Erinnerung sein; inzwischen nahm der Große Rath eine Partialrevision der Kantonsverfassung vor, welche mit 10 000 gegen 5000 Stimmen vom Volke angenommen wurde. Nun bestimmt diese Verfassung aber in ihrem Art. 32: "Jeder der 38 Wahlkreise des Cantons Tessin ohne Rücksicht auf seine Bevölkerung ernennt drei Abgeordnete zum Großen Rath," welche Bestimmung in der Märzession der Bundesversammlung als im Widerspruch mit der Bundesverfassung erklärt wurde, nach deren Art. 4 und 6 alle Schweizer vor dem Gesetz gleich sind, keine Vorrechte der Orte gelten, die Ausübung nach republikanischen Formen zugesichert und für jegliche Verfassung vorgeschrieben ist, daß sie vom Volke angenommen worden sei und revidirt werden könne, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt. Gestützt auf diesen Beschlus-

Deffnungen von 10—15 Met. zuzulassen. Die Weg-Uebergänge dürfen bis zu 30° Schrägen die Bahn schneiden, werden zu beiden Seiten der Schienen nur etwas aufgespachtelt und dazwischen beflekt. Schuhbahnen sind wegzulassen. Wegverschlüsse sind nur bei Stadt- und Dorfstraßen, Chausseen oder Communalstraßen erforderlich, bei allen andern sind sie wegzulassen. Es sind möglichst wenige Weichen, statt ihrer, wo thunlich Drehscheiben und Schiebebühnen anzulegen. Besondere Empfangshäuser fallen weg. Unter einem Dache kann jedoch wohlb die Expedition als das gemeinsame Wartezimmer und der Güterraum arrangirt werden, im Obergeschoss eine kleine Wohnung des Stations-Aufsehers. Maschinenschuppen sollen möglichst einfach, Wagenschuppen garnicht, Bieh- und Wagenrampen nur auf verkehrsreichen Stationen eingerichtet werden, auf kleineren genügen transportable Rampen. Am Wärttern muss pro 2 Kilometer je einer genügen. Sämtliche Fahrzeuge sind nur zweiaßig herzustellen, alle Personennagen mit Bremsen. Kein Personenzug soll mehr als 30, kein Güterzug mehr als 50 Achsen führen. Wagen I. und IV. Klasse sind unnötig, Heizung und Abritte in den Wagen entbehrlich, weil diese Bahnen stets nur sehr kurze sind und an vielen Stationen längeren Aufenthalt gewähren. Die zweiaßige Tenderlocomotive von etwa 100 Pferderkraft, welche Wasser und Kohlen für einstündigen Dienst mitnehmen kann, genügt. Sie ist heute für 8000 bis 8500 Thlr. herstellbar.

Die Kosten solcher Localbahnen werden sich natürlich nach der Beschaffenheit des Terrains und andern lokalen Bedingungen richten, sind aber, wie aus Obigem hervorgeht, sehr wesentlich, oft um die Hälfte geringer als die der großen Eisenstraßen. Plechner berechnet, daß unter normalen Verhältnissen und in gewöhnlichem Terrain ein Kilometer ca. 15 000 Thlr. die Meile also nicht viel über 100 000 Thlr. kosten würde; natürlich ohne Betriebsmaterial. Wenn der Staat bisher 8- bis 12 000 Thlr. Prämie à fond perdu für Chausseen gegeben, so hält Plechner es für angemessen, wenn er sich mit 25—30 000 Thlr. als Mitantheilhaber beim Bau wichtiger und nothwendiger Localbahnen betheiligt. Die Aufbringung der übrigen Mittel darf man in diesem Falle nicht der Börse oder fernstehenden Capitalisten überlassen; sie ist Sache der Provinz, der Kreise, der großen Stadtgemeinden, endlich der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Aus den Einnahmen müßten seinem Vorschlage nach

der eignenbüschen Nähe erklärte die liberale Partei des Cantons Tessin den vorigen gegenwärtigen Großen Rath für nicht gesetzmäßig konstituiert, und als derselbe am 3. Mai Wahlnahm, enthielt sich die liberale Minderheit unter Protest der Abstimmung. Darauf erließ der Große Rath am 6. Mai ein Specialgesetz, welches das Wahlsystem änderte und die Vertretung im Verhältniß zur Bevölkerung einführte. Aber auch gegen diesen Act erhoben die Liberalen Opposition, behauptend, diese Vertretung sei bereits rechtskräftig und müsse sofort zur Annwendung kommen. Ohne hierauf Rückicht zu nehmen, setzte der Große Rath die Volksabstimmung über das neue Wahlgesetz auf den 28. Mai an; der Nationalrat dagegen verweigerte kräft seiner verfassungsmäßigen Kompetenz die Ausführung dieses Großratsbeschusses, worauf das Bureau des Großen Rathes Beschwerde beim Bundesrat erhob. Dieser seinerseits erklärte die Abstimmung über das neue Gesetz für erlaubt, welche nun auf den 26. November nächsthin anberaumt wurde. Dieser Stand der Dinge bis zum letzten Sonntag, dessen Ereignisse Ihnen Lesern bekannt sind.

Frankreich.

Paris, 21. October. Wie schwankend und wie getheilt die Stimmung in Frankreich in Bezug auf den Orient ist, erhebt recht deutlich aus der Haltung der leitenden Blätter, besonders des "Moniteur" und des "Journal des Débats". Während der "Moniteur" die Türken damit trostet, es werde sich zuletzt schon noch Alles zum Besten wenden und Kaiser Alexander sei trotz allem ein Mann des Friedens, verwahren sich die "Débats" gegen die Annahme, sie seien undankbare Gegner Russlands", oder hätten Vorliebe für die Türkei. Wie man sieht, behält man nach wie vor den Fall im Auge, daß Rußland möglicherweise die hand zur Nase bieten könne. Nachdem die "Débats" um Gerechtigkeit bei ihrer Beurtheilung der letzten Verwicklungen gebeten, befreuen sie, daß sie nur ein akademisches Interesse an der orientalischen Frage haben und ihnen das Hemd, die inneren Angelegenheiten, näher steht, als der Rock. Rußland hat also selbst im schlimmsten Falle den Zorn der Franzosen, die wie die "Débats" denken, nicht zu fürchten: sie krittern und schwenken, aber sie erklären im voraus, sie dächten wie die "Times": es gebe im Oriente kein Interesse, dem Frankreich nicht andere Rücksichten voranstelle. Die "République Française" eift für die Politik der freien Hand, die ja auch die Italiens sei, mit dem Frankreich in gleicher Lage in Bezug der orientalischen Frage sei: freie Hand und vor Allem kein Bündnis jetzt! Für deutsche Politiker ist aus den Wendungen der französischen Blätter jetzt Manderlei zu lernen, nicht bloß über die Bemühungen um künftige Bündnisse, sondern auch über das Misstrauen, das die leitenden Blätter Frankreichs, voran Thiers, Decazes, Gambetta und Beuillon, gegen einander hegen, daß sie aber schwerlich abhalten würde, eimüthig ihre Haut an Jeden zu verkaufen, der ihnen Nase an Deutschland und Herstellung der, wie sie noch immer meinen, ihnen von Gottes und Rechts wegen gebührenden Vorherrschaft in Europa verschaffte. Gestern war große Wallfahrt der Damen des Faubourg St. Germain nach der provisorischen Capelle des Sacré Coeur auf Montmartre, wo was um diese Jahreszeit gewöhnlich nicht geschieht, das heilige Sacrament ausgestellt war. Die Feierlichkeit dauerte von 7 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags und die hohen Damen sangen das "Salve Rome et la France!" fast noch inbrüstiger, als die französischen Herren es zu thun pflegen. Die Capelle hat vielen neuen Schmuck erhalten, wie Kronleuchter, Candelaber, Vasen und dergleichen. Zwei prächtige Candelaber sind das Geschenk von Don Carlos, dessen Frau sich natürlich ebenfalls eingefunden hatte. — Der Regierungskommissar beim ersten Kriegsgericht von Paris ist abgesetzt worden; derselbe hatte sich

herausgenommen, ein vom Kriegsgericht erlassenes Urtheil, das nicht gültig war, abzuändern und so zur Ausführung zu bringen. Das Urtheil, das einen Deftereur zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilte, war nur mit vier gegen drei Stimmen erlassen worden, und da dasselbe nur Gültigkeit hatte, wenn es mit fünf gegen zwei gefällt worden wäre, so setzte der Regierungskommissar, als er das Urtheil ausserte, an die Stelle der vier eine fünf und an die Stelle der drei eine zwei.

England.

London, 21. October. Es waren gestern wieder Gerüchte von neuen Unterhandlungen zwischen der Pforte und den Mächten in Umlauf, denen gegenüber es aber wohl am gerathensten sein wird, sich ja keinen Illusionen hinzugeben in Ab betracht der sehr ernsten Lage, in welcher sich England fast ebensosehr durch die Schulden gewisser Staatsmänner, als durch die Zweideutigkeit der russischen Politik augenblicklich befindet. In der That sind die Verhandlungen als geschlossen zu betrachten, und das britische Ministerium hat tatsächlich alle Bemühungen in dieser Richtung aufgegeben. England würde selbstverständlich auch fernerhin seinen Einfluß zu Gunsten des Friedensvertrages geltend machen, so lange es auch nur der leiseste Hoffnungsschimmer auf Erfolg existirt, aber der einzige Schritt, welcher der englischen Regierung noch übrig gelassen, wollte sie anders ihre Selbstachtung bewahrt wissen, wäre, den Fürsten Gortschakoff für die allmäßige Umwandlung der serbischen Streitkräfte in ein russisches Heer zur Verantwortung zu ziehen. So lange es in Konstantinopel möglich war, diese grobe Verlegung internationalen Rechts mit Stillschweigen zu übergehen, konnte man allerdings im Namen der Gerechtigkeit und Loyalität Vorschläge zu einer friedlichen Beendigung der vorhandenen Missstände machen, ohne die öffentliche Aufmerksamkeit auf die unehrliche und rechtswidrige Haltung Russlands zu lenken. Nachdem aber die Pforte an das Rechtsgefühl Europas bezüglich der russischen Politik appellirt hat, darf wohl keiner der Mächte, wenn sie ehrenhaft handeln will, neue Verhandlungen anknüpfen, ohne bei dieser offenkundigen Verlegung der Vertragsgesetze anzufangen, welche auch nicht länger hätten übersehen werden können, selbst wenn die Friedensverhandlungen, die durch das Ablehnen der von der Türkei angebotenen Concessions von Seiten Russlands unterbrochen worden sind, weiter geführt werden wären. Es ist nunmehr den Vertretern der Nation klar geworden", schreibt "Daily Telegraph", "daß es nutlos sein würde, die wahlgemeinten Vorschläge der britischen Regierung wiederholter Abwehr und erneuerten Chicanen auszufezzen. Die umfassendste Staatsflüchtigkeit würde vergebens aufgeboten werden, eine Macht zufrieden zu stellen, die nichts so wenig wünscht als zufrieden gestellt zu werden. Die so unermüdlich fortgesetzten Bemühungen den Frieden zu erhalten, so lange auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg vorhan den war, sind durch das Auftreten der aggressiven Macht augenblicklich abgeschnitten und die aus Berlin hierher telegraphirten Commentare über die Situation können nur irreleiten, insofern sie behaupten, daß Russland noch immer auf der Basis der "English Propositions" in der jetzigen Krise handle. England hat sich von Verhandlungen zurückgezogen, die augenscheinlich mehr auf Krieg als Frieden abzielen und die Sanction moralischer Verpflichtung in Anspruch nehmen, während jeder neue Zugang von Truppen nach Serbien die ersten Grundzüge politischer Moralität über den Haufen wirft. Die eigentliche Meinung dieser Erläuterungen muß man nunmehr ohne besonderen Alarm und ohne unnützes Bedauern sich richtig vergegenwärtigen. Deutschland unter Führung Bismarcks wird nichts thun, um Russland auf Gewaltmaßregeln abzuhalten. Nach Schluss des 4. Actes des diplomatischen Schauspiels gruppieren sich die Personen des Stückes zur Schlusscene.

Monatseinnahme von ca. 1100 Thaler pro Meile auf diejenigen ungefähr dem dort verlangten Betrage von 1600 Thlr. Diese Summe ist aber die allergeringste, welche die Statistik der gesamten Bahnen als Monatseinnahme aufweist.

Machen wir uns schließlich noch ein Bild von dem Betriebe auf solchen Lokalbahnen. 3½ Meile die Strecke wäre die schnellste Fahrt der Personenzüge, weil eine größere Beschleunigung Geleise und Betriebsmittel zu stark abnutzt und ein über großes Bewachungspersonal erforderlich. Da die einzelnen Strecken kaum die Länge von 10 Meilen überschreiten werden, so schadet diese Langsamkeit selbst dem Personenverkehr garnichts. An vielen kleinen Haltestellen würden die kurzen Züge einige Minuten verweilen, an größeren länger und zwar in dem Spielraum von 20—40 Minuten, so daß selbst mit Personenzügen erforderlichenfalls noch angekommene Güter befördert werden könnten. Die Hälfte der großen Bahnen dürfte diese kleinen niemals erreichen. Dann bedarf der Fahrgäste auch nicht der Menge von Comfort, selbst nicht der Heizung, der "Toiletten", der Notsignale &c., denn alle halbe Stunde würde man auf der Station Zeit finden, um sich zu erwärmen und alle etwaigen Bedürfnisse zu befriedigen. Damit wird aber eine Menge von Anlagecapital und Arbeitskraft direkt erspart.

Überzeugen sich die Organe der Provinzialverwaltung, in deren Händen ja die Sache jetzt liegt, nur erst davon, daß diese Lokalbahnen für den allgemeinen Verkehr eine ebenso nothwendige Ergänzung der großen Bahnen sind, wie die Kreischausseen und die lokalen Landstraßen die große Linie der Kunstroute ergänzen, überzeugt man sich erst davon, daß solche vollspurige Zweigbahnen mit Langsamtrieb die Segnungen des Verkehrs weit stärker und directer in alle Theile der Landschaft tragen, die beseitenden Wirkungen der großen Schlagaderen vermittelst eines kleinen Gezwinges in die entferntesten Landchaften leiten, dann wird man sich nicht anstellen, mit voller Energie an den Bau von solchen kurzen Lokalbahnen zu gehen. Ja, es ist der Gedanke kaum abzuweichen, daß eine sorgfältige und sachliche Prüfung der Vortheile, welche die einzigen Betriebsmittel auf der Lande gew

Deutschland nimmt seine Stellung, mehr oder weniger in Übereinstimmung mit alien, auf Seiten Russlands ein, indem es weitere Discussion der türkischen Propositionen für unzulässig hält, während Österreich und Frankreich mit England in der Ansicht übereinstimmen, daß jene Propositionen der Billigkeit gemäß und viersprechend für eine friedliche Klärung der schwierigen Lage sind. Verblendet und irregeführt durch eine Agitation, die den Continent glauben macht, England dürfte doch vielleicht die Politik der Gerechtigkeit, Toleranz und Selbstvertheidigung aufgeben, hat Russland die Einmuthigkeit der europäischen Mächte zerstört und die zum Frieden mahrende Stimme durch exorbitante und unmögliche Forderungen überläutet. Die Alliance mit Österreich und Frankreich ist wohl ehrenhaft aber unproductiv, und der Entschluß des Fürsten Bismarck Russland carte blanche zu geben, stellt uns ernstlichen Möglichkeiten gegenüber, allein auf das Bewußtsein gestützt, von Anfang bis zum Ende in dieser Angelegenheit für die Erhaltung des europäischen Friedens gearbeitet zu haben. Diese isolirte Stellung überrascht uns nicht und braucht uns auch nicht zu beunruhigen. Besser als Millionen Bewaffneter, die ihrem Erwerbsleid entrissen werden, schützt diese Inseln das Meer, welches sie umgrenzt. Unsere eigentlichen Grenzen erstrecken sich aber so weit das Meer uns einen Zugang bietet und wenn die Handelsfreiheit und der freie Verkehr Großbritanniens mit seinen Colonien in Frage gestellt wird, ist es uns nicht länger gestattet, bloße Zuschauer zu bleiben. . . . Sollte wirklich Gefahr für uns eintreten, so müssen wir ruhig die Consequenzen unserer eigenen Größe acceptiren und das 40. Jahr Ihrer Majestät Regierung berühmt machen in alle Welt durch die Einigkeit, Entslossenheit und Entwicklung der Kraft des britischen Volkes. Mit reinem Gewissen und in vollem Vertrauen auf unsere Stärke, die noch niemals recht eigentlich auf die Probe gestellt ist, und die nicht leicht übertragen werden darf, mögen wir ruhig der Entwicklung der Ereignisse entgegensehen, unter der einen unerlässlichen Bedingung, daß fortan jede Uneinigkeit verbannt wird und die weisen Staatsmaßnahmen mit intelligentem Verständniß der Gefahren, die unserer Nation drohen, unterstützt werden.

Dänemark.

* Durch eine K. Verordnung vom 25. Juni 1885 wird weiblichen Studirenden der Zutritt zu der Kopenhagener Universität gestattet. Voriges Jahr haben einige Damen sich dem Vorbereitungseramen unterworfen (zunächst Abgang aus der Secunda). Abiturienten giebt es noch keine. Indessen hat ein jüngst verstorbener Bürger auf dem Wunsch seiner ebenfalls verstorbenen Tochter ein Legat für weibliche Studirende gestiftet. Die Hinsen sollen denen zufallen, die sich der Medicin widmen und nur in Ermangelung solcher, denen, die sich in andern Facultäten bilden. Die erste studirende Frau soll das Stipendium fünf Jahre genießen, danach soll es nur auf ein Jahr ertheilt, erneuert werden können.

Amerika.

St. C. "Die Gründe der heutigen wirtschaftlichen Krisis" haben auch auf dem vor Kurzem in den Vereinigten Staaten abgehaltenen Congresse für Socialwissenschaften den Gegenstand der Verhandlung gebildet, die auch dieses des Oceans Beachtung beansprucht, weil an diesen vielfach behandelten Stoff herangetreten wurde mit den Erfahrungen, die aus der Beobachtung der amerikanischen Verhältnisse gewonnen waren. Dort aber wurde die weittragendste Bedeutung für die unheilvollen Ereignisse, den ungeheuren Verlusten an Capitalien beigegeben, den die Welt in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren erlitt. Von der gesammten Staatsschuld der Vereinigten Staaten, die nicht weniger als 440,000,000 \$str. beträgt, wurden — so führt der Berichterstatter David Wells, früher General-Steuerdirector der Vereinigten Staaten, aus — nicht mehr als 4 Proc. einer dauernden, productiven Verwendung zugeführt, aus deren Ertrag die Mittel zur Verzinsung der Schuld fließen konnten. Für Kriegsmaterial, das heute nicht mehr vorhanden oder wertlos ist, für Kriegsarbeiten, die einen Theil des Volksvermögens vernichtet, ist der größte Theil der aufgenommenen Anleihen und außerdem der eingegangenen Steuern verausgabt worden. Und nicht ohne Nachahmung blieb dieser Vorgang. Durch schlechte Anlage wurden die Capitalien, die bisher dem Handel zur Verfügung gestanden, vergeudet und in Unternehmungen dauernd gebannt, von denen viele keinen Ertrag gaben. Das beste und schlagendste Beispiel bieten dem Berichterstatter die Verhältnisse der Eisenbahnen, in denen ein Capital von 439,6 Millionen \$str. niedergelegt ist, das 1875 nicht mehr volle 4 Proc. trug, während 1871 der Ertrag der Eisenbahnen ihr damaliges Anlagecapital mit 5½ Proc. verzinnte. Die Lebel, welche durch die unbefonnene Anlage der Bahnen herausbeschworen wurden, sind heute auch in den weitesten Kreisen bekannt; aber weniger beachten diese, daß diese Speculation genährt wurde durch die vorzeitige Entlösung der Bundesobligationen. Das Capital, welches eine feste und sichere Anlage bisher besessen hatte, war jetzt der selben beraubt und wandte sich unsicherer Unternehmungen zu, um nicht ohne Verwendung zu bleiben; wertlose Papiere traten jetzt an Stelle der sicheren Schuldsscheine der Regierung. So ging in den Vereinigten Staaten ein großer Theil des Capitals verloren, und was erhalten blieb, das wurde mehr als zuvor durch Erhöhung der Steuern und Vermehrung der Staatsausgaben für die Zwecke der Regierungen beansprucht. Der Berichterstatter rechnet aus, daß die Ausgaben für Bundeszwecke von 1870 bis 1874 jährlich um 4 Proc. zugenommen, und die der Einzelstaaten und Gemeinden in noch höherem Grade sich gesteigert haben. Die gesamte Steuerlast war 1861 für jeden Bewohner der Vereinigten Staaten nicht ganz 5 Dollars, 1876 aber überstieg sie den Betrag von 13 Dollars.

Danzig, 25. October.

* Der Deconomie-Handwerker Grammatik von der Compagnie des Grenadiers Regiments Nr. 5 hatte am 15. d. M. in Gemeinschaft mit einigen Arbeitern mehrere in der Nähe des Bischofsberges belegene Cafetaria besucht, soll dann auf der Straße mit denselben

in eine Schlägerei verwickelt worden sein und ist seitdem nicht wieder geheben worden. Die Militärmüze des E., sowie das Seitengewehr nebst Koppel wurde fürrlich am Fuße des Bischofsberges aufgefunden. Man nimmt an, daß E. bei jener Schlägerei entweder getötet oder verwundet und dann in die Radanne geworfen ist.

* Die Nr. 9991 unserer Zeitung enthielt eine von unserem Grandenzer Correspondenten als Curiosum zugeladene kurze Mittheilung über eine auf dem dortigen evangelischen Kirchhofe begangene Hochzeitsfeier. Es war darin erwähnt, daß, da die Wohnung des neuen Tochters verheirathenden Todtengräbers zur Aufnahme der geladenen Gäste nicht ausreichte, auch die Leichenhalle zum Festsaal eingerichtet war. Wir bedauern, daß in dieser Beziehung unser Correspondent uns einen Irrthum berichtet hat. Allerdings ist es richtig, daß die Hochzeit in der auf dem Kirchhofe belegenen Wohnung des Todtengräbers gefeiert wurde, die Leichenhalle aber ist nach einer Erklärung des betreffenden Todtengräbers mit Genehmigung des Kirchhofs-Vorstandes nur dazu benutzt worden, einiges Hausherräth aufzunehmen, welches den Raum in der Wohnung des Festgebers beengte. — Wie übrigens die K. B. M., welche jene von uns übernommene Mittheilung ganz in derselben Weise klarstellte, durch diesen lediglich einen begleitenden Umstand betreffenden Irrthum ihre Anerkennung, daß jene Mittheilung „die unwahrheiten Dinge“ enthalte, redifizieren wollen, müssen wir dem Schwefinn des betr. Blattes überlassen.

* In der Kenntnis der Erdformationen unserer Provinz scheint jetzt wieder ein bedeutsamer Fortschritt gewacht worden zu sein. Wie die K. B. M. erfährt, hat man bei den geologischen Bohrungen in dem fiskalischen Bohrloch Purmaller bei Meln den „mittleren Jura“ erreicht, und zwar direkt unter Diluvium in circa 70 Meter Tiefe. Da vorhanden ist dieser Schicht in unserer Provinz fast bisher zwar vermutet, war aber doch nirgends constatirt. Von oben nach unten kennen wir nunmehr folgende Formationen in unserer Provinz und deren nächster Umgebung. Diluvium und Diluvium fast überall die Erdoberfläche bedeckend Jüngstes Tertiär fehlt. Von mittlerem und unterem Tertiär treten Braunkohlenformation und Bernsteinformation an einzelnen Stellen zu Tage. Während die Kreide, sofern sie in der Tiefe liegt, technisch unbrauchbar ist, beginnt mit dem Jura die Reihe derjenigen Formationen, welche bisweilen (natürlich immer nur an sehr vereinzelten Punkten) abwärtsliegende Schichten enthalten. So kommen Eisenerze im Jura, Steinsalz und Salzquellen im Zechstein und Devon vor. Steinholz da gegen könnten wohl nur in den wahrscheinlich fehlenden Tertiär- und Kreiden-Schichten auftreten. Doch ist auch ihr Vorhandensein nicht ausgeschlossen.

* Gr. Krebs. Wie der K. B. M. mit der Wahl-Vorstand des Bezirks bei den letzten Urwahlen eine neue Liste in dem Wahl-Reglement entdeckt zu haben. Er habe nämlich sofort nach Vorlesung des Reglements und des Namens-Verzeichnisses der Wähler die Thüren des Wahllokals verschlossen lassen, so daß all später erscheinenden Wähler ihres Wahlrechts verlustig gegangen seien. Es unterliegt wohl keinem Zweitel daß, wenn dieses Factum wahr ist, die Wahl in dem betr. Bezirk für nichtig erklärt werden müsse.

* Strasburg, 22. Oct. Mit Freuden wurde im hiesigen und Neumarkter Kreise vor 2 Jahren der Beginn des Strasburg-Neumarker Chaussees begnügt. Allein wie sehr sind die an dem Bau jener Chaussee Interessirten in ihren Hoffnungen getäuscht worden! Am 1. Juli er sollte der Bau vollendet sein. Der Kreis Neumarkt hat zwar bis zur Straßburger Grenz denselben längst fertig gestellt, jedoch sieht derjelbe in hiesigen Kreise noch lange nicht seiner Vollendung entgegen, obwohl ein Grund hierfür nicht zu finden ist, zumal die Staats- und Kreis-Bäume mit 45 000 M. pro Meile bereits gezahlt worden. Die augenblickliche Passage auf dem Chausseeplatz bietet einen trostlosen Anblick, der und bereitet dem reisenden Publikum große und gefährliche Schwierigkeiten. An einigen Stellen haben sich auf der Strecke hinter Jaylow, vielfach Sentungen gebildet, und durch den in letzter Zeit anhaltenden Regen sind im Platum große Ausrisse hergerufen, welche am Tage mit Lebensgefahr und Nächts gar nicht zu passiren sind. Wann diesem Uebelstande abgeholfen werden wird, ist vorläufig nicht abzusehen. — Gestern wanderten 25 Männer aus der Umgegend, zum größten Theile gediente Soldaten, durch unsere Stadt der russischen Grenze zu. Nach ihrem Reiseziel befragt, erklärten sie, daß sie zum Felde gegen die Türken geworben seien, an der russischen Grenze 250 Rubel pro Mann als Werbegeld und weitere 250 Rubel in Serbien ausgezahlt erhalten, wohin sie von der russischen Grenze aus befördert werden sollten. Bei den hier stattfindenden Urwahlen sind mit Ausnahme eines Polen nur deutsch gesinnte Männer gewählt worden.

* Gr. Krebs, 23. Oct. Aus dem hiesigen Lehrer-Seminar sind kürzlich auf Anordnung der Staatsbehörde die Bilder einer Alzahl verstorbenen Mitglieder des Jesuitenordens entfernt worden, welche sich dort noch aus der Zeit, in welcher das Seminar unter der „Protection“ des streitbaren Ordens stand, befanden. Die nicht minder streitbare „Germania“ ist ob solcher Pietätlosigkeit gegen ihre herzlichsten Freunde natürlich in die höchste Stimmung geraten, der sie durch folgenden, stark nach Galgenhumor schmeckende den Ernst Lust macht. Am Tage nach der zweiten Lehrerprüfung, — berichtet aus Gräuden — welche von 11 Prüflingen nur 5 bestanden, wurden aus dem hiesigen Lehrerseminar die Jesuiten vertrieben. Freilich waren das nicht verkappte Jesuiten, denn solche hätte man schon lange aufgezeigt, wohl aber waren es die Bilder von 48 Jesuiten, nämlich 21 Ordensgeneralen, 14 Stiftern und Wohlthätern u. s. w. Die nächste Prüfung wird hoffentlich ein günstigeres Resultat haben. — Die Arbeiten an der hiesigen Eisenbahnhütte haben nach dem „Gel.“ noch immer rüstigen Fortgang, mit Ausnahme an dem einen bösartigen Brunnenbach von Peifer Nr. 5, wo der unter dem Brunnenfelsen liegende Baumstamm beharrlich allen Bemühungen, seine letzten hindertlichen Reste zu entfernen, trotzt. Peifer Nr. 2 ist nahezu fertig gesetzt, so daß die Baggersmaschinen nächstens auf Peifer Nr. 3 hinausgebracht werden können. Peifer Nr. 4 und 6 sind bis zur sog. Terrainhöhe fertig gemacht.

Vermischtes.

— Otto Janke's Deutscher Volkskalender für das Jahr 1877. — Berlin Verlag von Otto Janke. Der neunte Jahrgang dieses kleinen Kalenders verbindet mit großer Mannigfaltigkeit des unterhalb und belehrenden Stoffes eine Menge von guten Holzschnitten, die sich durch klaren Druck auszeichnen. Es mag besonders hervorgehoben werden, daß die Illustrationen zu den beiden anprechenden Erzählungen: „Wie ich ein Blaustumpf wurde“ und „Ein gespenstiger Besuch“ die lebten Zeichnungen von Ludwig Löffler vor seinem plötzlichen Tode sind. Auch zeigt der Kalender ein sehr gelungenes Portrait des Berewigten. Eine Schildderung der letzten Lebensstage der Königin Luisa bringt zugleich das von E. Encke entworfene Denkmal der Königin. Wie in den früheren Jahrgängen, so werden auch in dem gegenwärtigen neuen Gesetze und wichtige Rechtsfragen von berufener Seite erörtert und was den Humor betrifft, so wird man unter den märchenhaften Beiträgen dieser Art den von vielen komischen Holzschnitten illustriert.

ten Aufsatz „Das Kind“, welcher sich in das Gewand einer naturhistorischen Studie kleidet, mit Ergänzen lassen. Die Billigkeit des Preises (50 Pf.) ist ein Grund mehr, dem gefällig ausgestatteten Kalender eine durch den Inhalt wohlverdiente freundliche Aufnahme zu prophezeien.

Lotterie.

4. Kl. 154. K. Preuss. Klassen-Lotterie.

Bei der am achten Ziehungstage, den 23. Oct., fortgeleiteten Ziehung wurden ferner folgende Gewinne gezogen:

311	300	290	280	270	260	250	240	230	220	210	200	190	180	170	160	150	140	130	120	110	100	90	80	70	60	50	40	30	20	10	0	
312	301	291	281	271	261	251	241	231	221	211	201	191	181	171	161	151	141	131	121	111	101	91	81	71	61	51	41	31	21	11	0	
313	302	292	282	272	262	252	242	232	222	212	202	192	182	172	162	152	142	132	122	112	102	92	82	72	62	52	42	32	22	12	2	0
314	303	293	283	273	263	253	243	233	223	213	203	193	183	173	163	153	143	133	123	113	103	93	83	73	63	53	43	33	23	13	3	0
315	304	294	284	274	264	254	244	234	224	214	204	194	184	174	164	154	144	134	124	114	104	94	84	74	64	54	44	34	24	14	4	0
316	305	295	285	275	265	255	245	235	225	215	205	195	185	175	165	155	145	135	125	115	105	95	85	75	65	55	45	35	25	15	5	0
317	306	296	286	276	266	256	246	236	226	216	206	196	186	176	166	156	146	136	126	116	106	96	86	76	66	56	46	36	26	16	6	0
318	307	297	287	277	267	257	247	237	227	217	207	197	187	177	167	157	147	137	127	117	107	97	87	77	67	57	47	37	27	17	7	0
319	308	298	288	278	268	258	248	238	228	218	208	198	188	178	168	158	148	138	128	118	108	98	88	78	68	58	48	38	28	18	8	0
320	309	299	289	279	269	259	249	239	229	219	209	199	189	179	169	159	149	139	129	119	109	99	89	79	69	59	49	39	29	19	9	0
321	310	300	290	280	270	260	250	240	230	220	210	200	190	180	170	160	150	140	130	120	110	100	90	80</td								

Bekanntmachung.

Zur Vermietung der auf nachstehenden
örtlichen Gewässern während des Winters
1876/77 einzurichtenden Eisbahnen für
Schlittschuhläufer, nämlich:
 a. auf der Strecke der Motzau vom
grünen Thor bis zum Krahnenhöfe,
b. auf der Motzau bei Schäferei,
c. " " am Buttermarkt,
d. " " Strecke der Motzau vom
Bahnhofe bis zur Altenbrücke,
e. auf dem Kielgraben,
ist ein Licitationstermin auf
Sonnabend, den 4. Novbr. er.

Mittags 12 Uhr,
im Kämmerer-Kassen-Locale des Rathauses
hier selbst an.

Mietkosten werden zu diesem Termine
mit dem Bemerkung eingeladen, daß die im
Licitationstermin gebotene Miete insbe-
sondere gleich in diesem Termine vollständig
berichtigt werden müssen, widergenfalls auf
die abgegebenen Offerten nicht gerücksichtigt
wird. (2999)

Danzig, den 13. Octbr. 1876.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Pferde der Feuerwehr und der
Straßen-Reinigung soll der Futterbedarf
pro 1877 an Hofr. Stroh und Heu und
zwar:

ca. 130 Tonnen Heu,
= 1500 Centner Stroh,

an den Windesforderungen ausgegeben wer-
den. Versteigerte Offerten für die ganze Liefe-
rung oder auch für die einzelnen Gegen-
stände, sind bis spätestens den 3. November
er. Mittags 12 Uhr, in das I. Bureau des
Rathauses einzureichen, woselbst vorher
die Bedingungen einzusehen sind.

Danzig, den 20. October 1876.

Die Straßen-Reinigung
Deputation.

Concurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht zu
Marienburg.

I. Abtheilung,
den 21. October 1876, Vormittags 11 Uhr.

Über das Vermögen der Handelsge-
sellschaft **Hanschulz & Schimmelmann** hier-
selbst ist der Kaufmännische Concurs er-
öffnet, und der Tag der Zahlungseinstel-
lung auf den 18. October e. festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse
ist der Rechts-Anwalt Stüller hier selbst be-
stellt. Die Gläubiger des Gemeinschul-
ders werden aufgefordert, in dem auf

den 4. November er.

Vormittags 11 Uhr,
in dem Verhandlungszimmer No. 4 des
Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen
Commissar Herrn Gerichts-Rath Krebs an-
berauerten Termine ihre Erklärungen und
Vorschläge über die Beibehaltung dieses
Verwalters oder die Bestellung eines andern
Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschul-
der etwas an Geld, Papieren oder
anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam
haben, oder welche ihm etwas
verschuldeten, wird aufgegeben, nichts an
denselben zu verabsolgen oder zu
zahlen, vielmehr von dem Besitz der
Gegenstände bis zum 21. Novbr. 1876
einschließlich dem Gerichte oder dem Ver-
walter der Masse Anzeige zu machen, und
Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte,
ebendahin zur Concursmasse abzulefern.
Pfandinhaber oder andere mit denselben
gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschul-
ders haben von den in ihrem Besitz
befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu
machen. (3211)

Concurs-Eröffnung.
Königliches Kreis-Gericht zu
Marienburg.

I. Abtheilung,
den 21. October 1876, Vormittags 11 Uhr.

Über das Vermögen des Kauf-
manns **Wilhelm Hanschulz** hier selbst,
als eines persönlich haftenden Gesellschafters
der Handelsgesellschaft **Hanschulz &**
Schimmelmann, ist der Kaufmännische
Concurs eröffnet, und der Tag der Zah-
lungseinstellung auf den 18. October er-
festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse
ist der Rechts-Anwalt Stüller hier selbst be-
stellt. Die Gläubiger des Gemeinschul-
ders werden aufgefordert, in dem auf

den 4. November er.

Vormittags 11 Uhr,
in dem Verhandlungszimmer No. 4 des
Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen
Commissar Herrn Gerichts-Rath Krebs an-
berauerten Termine ihre Erklärungen und
Vorschläge über die Beibehaltung dieses
Verwalters oder die Bestellung eines andern
Verwalters abzugeben.

Allen, welche vom Gemeinschulder etwas
an Geld, Papieren oder anderen Sachen in
Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche
ihm etwas verschuldeten, wird aufgegeben,
nichts an denselben zu verabsolgen oder zu
zahlen; vielmehr von dem Besitz der
Gegenstände bis zum 21. Novbr. e. ein-
schließlich dem Gerichte oder dem Ver-
walter der Masse Anzeige zu machen und
Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte,
ebendahin zur Concursmasse abzulefern.
Pfandinhaber oder andere mit denselben
gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschul-
ders haben von den in ihrem Besitz
befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu
machen. (3212)

**Unterricht in dopp. Buchführung,
und im kant. Rechnen, ertheilt
mündlich, und schriftlich**
H. Hertell, Pfefferstadt 51.

**Dampfer-Verbindung
Danzig-Stettin.**

In Ladung liegen:
ab Danzig: Dampfer „Krebsmann“,
Capt. Scherlaw,
ab Stettin: Dampfer „Stolp“, Capt.
Marx
Güter-Anmeldungen nimmt entgegen
Ferdinand Prowe.

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)

(3226)